



Interviews

Die Rede von US-Präsident Biden zum State of the Union

Michael Link, FDP, Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, im Gespräch mit Sarah Zerback

"Informationen am Morgen", 8.2.2023, 7:15 Uhr

Sarah Zerback: Wir haben es gehört: Gerichtet hat der US-Präsident seine Rede vor allem an die Amerikanerinnen und Amerikaner. Aber auch in Berlin wird man ganz genau zugehört haben, zum Beispiel auch Michael Link. Er sitzt für die FDP im Bundestag und koordiniert für die Bundesregierung die transatlantische Zusammenarbeit. Jetzt ist er hier bei uns am Telefon. Schönen guten Morgen, Herr Link!

Michael Link: Guten Morgen, Frau Zerback.

Zerback: Wir haben es gehört: Unterstützung für die Ukraine, so lange wie nötig. Reicht das, damit die Bundesregierung - auch Sie - jetzt erleichtert aufatmen können?

Link: Von Seiten Präsident Bidens war ja immer klar, dass er die Ukraine weiter unterstützt. Es waren eher im Wahlkampf einige Töne von republikanischer Seite, vor allem von sehr, sehr radikaler Seite innerhalb der Republikaner, die das in Frage gestellt haben. Die übergroße Mehrheit im Kongress dürfte auch weiterhin das unterstützen. Gerade bei den Finanzausgaben ist das sehr wichtig. Aber es wird schwieriger und es wird sicherlich für die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus, für Kevin McCarthy in jedem Einzelfall

auch schwieriger werden, alle hinter sich zu bekommen. Er hat nur eine sehr knappe Mehrheit und wir wissen, dass die Radikalen in seiner Fraktion einflussreicher geworden sind.

Zerback: Wörtlich hat McCarthy im Vorfeld der Rede gesagt, wir wollen der Ukraine keine Blankoschecks mehr ausstellen. Wie schätzen Sie das ein? Wie verlässlich sind die USA als Partner für die humanitäre Unterstützung, aber auch die weitere militärische Unterstützung?

Link: Das sind sie. Das sind sie ganz eindeutig. Aber natürlich wird es im Repräsentantenhaus nicht einfacher werden. Genau deshalb war es aber, glaube ich, auch so wichtig, dass Biden sich sehr gut auf diese Rede vorbereitet hat. Und es war eine klare Ansage, die er gestern gehalten hat, mit einer sehr beeindruckenden Rede, wo er deutlichgemacht hat: Ich bin nicht bereit, als Präsident die Blockade einfach hinzunehmen, ich weiß, dass ihr jetzt sehr laut als neue Mehrheit im Repräsentantenhaus dort agiert, aber ich bin nicht bereit, eine Blockade hinzunehmen. Er hat einerseits die Hand hingehalten, andererseits aber seine Prinzipien betont – Sie haben es erwähnt – bei der Sozialpolitik. Und wir haben einen selbstbewussten Präsidenten gesehen, der innen- und außenpolitisch deutlich gesagt hat, was er will. Die Rede war zweifellos hauptsächlich innenpolitisch ausgerichtet, aber auch außenpolitisch waren es klare Signale.

Zerback: Innenpolitisch wird es vor allem auch deshalb nicht einfach, weil sein finanzieller Spielraum doch enorm geschrumpft ist. Die Schulden der USA sind enorm hoch, 31 Billionen US-Dollar, eine Zahl mit zwölf Nullen. Dann die republikanische Mehrheit zumindest in einem Teil des Kongresses. Inwieweit macht das in Zukunft seinen Job noch mal schwieriger, Verhandlungslösungen zu finden?

Link: Ja, das macht es auf jeden Fall schwieriger. Aber selbst Kevin McCarthy selbst ist aufgrund der sehr, sehr starken radikalen Gruppe in seiner eigenen Fraktion ein Verhandler, der oft in vielen Bereichen, wenn er denn mit der demokratischen Seite verhandelt, sei es mit dem Präsidenten oder sei es mit dem Senat, selber sich immer wieder in jedem Einzelfall versichern muss, dass er die Radikalen hinter sich hat. Deshalb – und das war die interessante Botschaft Bidens – muss der Weg sein, dass die Vernünftigen bei den Republikanern und die große Mehrheit bei den Demokraten auch bei wichtigen Fragen zusammenarbeiten können, um nicht die Populisten, um vor allem auch nicht die ganz Radikalen auf der republikanischen Seite immer stärker zu machen und ihnen am Schluss den Joker in die Hand zu geben. Das ist die Botschaft, die er versucht hat herauszuarbeiten, und auch insofern war es, glaube ich, eine starke Rede. Man sollte ihn nicht abschreiben, man sollte ihn nicht unterschätzen. Hier hat er seine gesamte jahrzehntelange Erfahrung ausgespielt, die er hat als altgedienter und erfahrener Parlamentarier und Politiker.

Zerback: Sie sagen, man sollte ihn nicht unterschätzen. Altgedient, habe ich auch herausgehört. Manche sagen, auch alt und sogar zu alt, um noch einmal zu kandidieren. Wir haben es gerade von unserem Korrespondenten in Washington gehört. Er hat nicht dezidiert gesagt, dass er noch mal antreten will. Haben Sie das aus dieser Rede herausgelesen?

Link: Das ist immer die große Frage, die sich alle gestellt haben. Aber es war auch nicht zu erwarten, dass er eine zweite Amtszeit oder eine zweite Kandidatur ankündigen würde.

Nein, er hat gezeigt, dass er, wenn er gebraucht wird, bereitsteht, und insofern war das gestern eine ganz wichtige Message. Er war wach, er war insbesondere rhetorisch schlagfertig, er hat sehr, sehr aktuell und vor allem auch sehr gut auf Zwischenrufe reagiert.

Ob er noch einmal antreten wird, wir wissen es nicht. Das wird sehr stark auch vom Verlauf der Vorwahlen auf republikanischer Seite abhängen. Aber er zeigt, dass er da ist, und er zeigt, falls er gebraucht wird, dass mit ihm zu rechnen sein wird.

Zerback: Würden Sie sich das wünschen? Ich weiß, wünschen können Sie sich viel. Aber wäre das ein gutes Signal für eine Kontinuität auch in den transatlantischen Beziehungen?

Link: Wünschen im Sinne von, dass wir sagen, wir würden ihn uns wünschen im Wahlkampf als Kandidaten, als Sieger, das machen wir nicht. Da ist die amerikanische Demokratie eine viel zu lebendige Demokratie, als dass wir uns da mit erhobenem Zeigefinger melden würden.

Was wir uns aber wirklich wünschen – und das richtet sich auch an uns –, was wir uns wünschen ist, dass die USA in der Tat die Europäer ernstnehmen, und das wird nur dann funktionieren, wenn wir uns selbst, unsere eigenen Interessen besser bündeln und als EU mit einer Stimme auch gemeinsam auftreten. Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir verstehen, dass die Amerikaner von uns erwarten, ein Burden Sharing, eine Leistungsteilung, eine Lastenteilung zu machen, ob es um Verteidigung geht, ob es um den Umgang mit China geht. Das ist sehr wichtig, dass wir hier auch weiterhin verstehen, dass hier sehr viel von uns erwartet wird. Und wir müssen umgekehrt den USA auch deutlichmachen, dass wir schon erwarten, dass sie bei aller Stärkung ihrer Wirtschaft nicht auf Abschottung setzen und auch Protektionismus. Deshalb muss uns dieser Punkt mit „buy american“ oder „made in america“ schon zu denken geben. Das ist schon ein kleines Signal, dass wir hier wirklich besser werden müssen in der Wahrnehmung unserer Interessen, denn wir hängen auch davon ab, dass der transatlantische Handel gestärkt wird und nicht geschwächt wird.

Zerback: Lassen Sie uns kurz bei dem Punkt bleiben. Da geht es um das Hin und Her rund um Subventionen. Die USA haben vorgelegt mit ihrem Inflation Reduction Act, wie er sperrig heißt, mit massiven Investitionen in den Klimaschutz und in den Gesundheitssektor. Die EU bastelt gerade und ist dabei, ein Gegenpaket zu schnüren, den sogenannten Green Deal. Dieses Signal, was sicherlich nach innen, aber auch nach außen gerichtet wurde, „made in america“, zu welchen Schlüssen sollte uns das verleiten? Müssen wir da jetzt auch noch mal eine Schippe drauflegen?

Link: Eine Schippe drauflegen insofern, dass wir jetzt auch sagen würden, „made in europe“ und „buy european“, dass wir auch darauf setzen, mit großen staatlichen Geldern die europäische Produktion zu unterstützen, da rate ich dringend zur Vorsicht. Denn zu starke Industriepolitik oder gar Abschottung im Sinne von protektionistischen Maßnahmen, dass zum Beispiel gewisse Zuschüsse nur gewährt werden, wenn die ganzen Komponenten in der EU hergestellt werden, so wie es die Amerikaner jetzt machen in manchen Bereichen, das wäre der falsche Weg.

Zerback: So stellt sich das aber Ursula von der Leyen vor, immerhin die EU-Kommissionspräsidentin.

Link: Genau! Deshalb gab es auch sehr viel Kritik selbst innerhalb der Kommission. Und wenn Sie anschauen, was der erste Vorschlag war, wo sie noch von Lockerung der Beihilfe- oder im Prinzip Abschaffung der Beihilferegeln bis 2030 redete, spricht der jetzige Kommissionsvorschlag nur von 2025. Da sind wir wirklich in einer heftigen Diskussion. Das ist in der EU überhaupt noch nicht klar, wie sich das genau entwickeln wird. Aber deshalb ist es ja so wichtig, dass wir verstehen im transatlantischen Verhältnis, wenn wir den eigenen

Markt abschotten, das wäre letzten Endes für uns beide schlecht. Das ist, glaube ich, der Punkt, bei den wir besser werden müssen. Das ist auch ein Signal dieser Rede, wo wir stärker unsere Interessen wahrnehmen müssen, auch selbstbewusst in der Erläuterung in Washington, dass wir eine Art, ich nenne es immer, transatlantischen Reflex brauchen, bevor wir große Programme auf der einen oder anderen Seite des Atlantiks wirklich abschließen, und dass wir immer mitdenken, was bedeutet das für unseren engsten Verbündeten.

Zerback: Abgeschlossen ist es noch nicht, wenn ich Sie kurz unterbrechen kann, Herr Link.

Der Bundeswirtschaftsminister war bis gestern in Washington, zusammen mit seinem französischen Kollegen, und es wird noch daran gearbeitet. Habeck wiederum rechnet sogar mit Zugeständnissen der USA, mit Sonderregelungen für europäische Unternehmen. Teilen Sie diesen Optimismus?

Link: Wenn er da was erreicht hat – ich kenne noch keine Berichte von gestern –, wäre das extrem wichtig. Was wichtig wäre, wäre zum Beispiel eine Gleichbehandlungsklausel, dass wir so behandelt werden, die Europäische Union, wie zum Beispiel Mexiko oder Kanada, die ja in vielen dieser Programme, in vielen dieser Maßnahmen von den protektionistischen Regeln ausgenommen sind. In der Tat: Es wäre wirklich wichtig, dass wir in dem Bereich etwas erreichen. Vor allem muss aber die EU geeint auftreten und gemeinsam auftreten. Sonst werden wir keine Wirkung entfalten in den Verhandlungen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.